

Münsteraner Erklärung – NRW-Landesregierung muss Bremsen für Kommunen lösen

Die Sorgen um die aktuelle Entwicklung, aber auch um die Entwicklungsperspektiven der nordrhein-westfälischen Wirtschaft mehren sich. Seit dem Jahr 2020 stagniert die Wirtschaftsleistung. Nordrhein-Westfalen hängt beim Wirtschaftswachstum selbst dem schlechten Bundesdurchschnitt hinterher. Im Jahr 2023 war die Produktion der energieintensiven Industrie insgesamt um 8 Prozent niedriger als im Vorjahr. Die Anzahl der Unternehmensinsolvenzen ist im Jahr 2023 erstmals seit 2010 angestiegen. Im ersten Quartal 2024 war die Anzahl der Unternehmensinsolvenzen 27 Prozent höher als im Vorjahr. Der Investitionsstandort Nordrhein-Westfalen verliert im internationalen Wettbewerb zunehmend an Attraktivität. Seit dem Jahr 2022 hat sich die Attraktivität Deutschlands als Investitionsstandort halbiert.

Gleichzeitig leidet Nordrhein-Westfalen seit Jahren an einer Investitionslücke. Die Investitionsquote als Anteil der Bruttoanlageinvestitionen am Bruttoinlandsprodukt (BIP) liegt in Nordrhein-Westfalen seit Jahren unter dem Bundesdurchschnitt. Die Bruttoanlageinvestitionen in Nordrhein-Westfalen lagen im Jahr 2020 bei 121,4 Milliarden Euro, das ist ein Anteil von 17,2 Prozent des BIP. In den übrigen westdeutschen Bundesländern lag die Investitionsquote mit 24,2 Prozent deutlich darüber.

Als industrielles Kernland der Bundesrepublik ist Nordrhein-Westfalen aufgrund des großen Anteils energieintensiver Industrien besonders von den gestiegenen Energiekosten betroffen. Zusätzlich verschlechtern eine überbordende Bürokratie, eine hohe Steuerbelastung, ein behäbiges Innovationsgeschehen, der Arbeitskräftemangel und eine sanierungsbedürftige Infrastruktur die Standortqualität.

Nordrhein-Westfalen braucht eine wachstums- und angebotsorientierte Politik, die Investitionen in Innovationen und damit Rahmenbedingungen für die Schaffung zukunftsfähiger Arbeitsplätze fördert. Es ist Zeit für eine echte Wirtschaftswende in Nordrhein-Westfalen!

Hierfür muss die Landesregierung Wirtschafts- und Standortpolitik endlich wieder als eines ihrer Handlungsfelder begreifen. Zur Stärkung privater Investitionen wartet die Wirtschaft auf das nächste Entfesselungspaket. Die Landesregierung ist aufgefordert, durch die Priorisierung von Ausgaben Spielräume im Haushalt für Steuersenkungspolitik (Senkung der Grunderwerbsteuer) zu schaffen. Während private Investitionen Haupttreiber für eine wirtschaftliche Belebung sind, muss Nordrhein-Westfalen auch die öffentlichen Investitionen insbesondere in die Infrastruktur in den Blick nehmen.

Die Kommunen in Nordrhein-Westfalen nehmen bei öffentlichen Investitionen eine zentrale Rolle ein. Während das Land Nordrhein-Westfalen im Jahr 2021 Sachinvestitionen in Höhe von zwei Milliarden Euro getätigt hat, darunter etwa Baumaßnahmen in Höhe von 800 Millionen Euro, haben die nordrhein-westfälischen Kommunen mit sieben Milliarden Euro das Dreieinhalbfache bei Sachinvestitionen und mit 4,8 Milliarden Euro sogar das Sechsfache bei Baumaßnahmen investiert.

Um die Investitionslücke in Nordrhein-Westfalen zu schließen, brauchen vor allem die Kommunen mehr Investitions- und Gestaltungsmöglichkeiten. Damit die Investitionstätigkeit der Kommunen gestärkt wird, fordern wir Freie Demokraten einen echten Investitions- und Entlastungsimpuls für Nordrhein-Westfalens Kommunen mit folgenden Punkten:

- 1. Neuordnung landesseitiger bürokratischer kommunaler Förderprogramme.** Die Kommunen können selbst am besten entscheiden, wo vor Ort sinnvoll investiert werden soll. Für die Reform der staatlichen Finanzbeziehungen soll der Grundsatz gelten: Das Geld folgt den Aufgaben.
- 2. Eine auskömmliche Kita-Finanzierung und Sicherung des OGS-Ausbaus.** Der Rechtsanspruch auf eine Ganztagsbetreuung muss gesetzlich und finanziell abgesichert werden. Eine auskömmliche Finanzierung von Kindertageseinrichtungen, Kindertagespflege und Offenem Ganztag ist in Nordrhein-Westfalen für

eine Wirtschaftswende essenziell. Für die erfolgreiche Berufstätigkeit von Eltern sind verlässliche Betreuungszeiten der zentrale Grundstein. Für Kinder und Jugendliche sind garantierte Erziehung und Betreuung der Grundstein für Aufstieg durch Bildung.

3. **Vermeidung weiterer Belastungen bei der Grundsteuer für Kommunen, Wohneigentümer, Mieter und Betriebe.** Durch den Gebrauch der Länderöffnungsklausel und die Einführung eines Korrekturfaktors bei den Steuermesszahlen kann landesweit und rechtssicher der Großteil der Lastenverschiebung zum Nachteil von Wohngrundstücken ausgeglichen werden. Die Einführung des gesplitteten Hebesatzrechts durch CDU und Grüne führt hingegen nicht nur zu administrativen Problemen, sondern ebenso zu Rechtsunsicherheiten im Hinblick auf die dringend benötigten Grundsteuereinnahmen. Perspektivisch ist die Einführung eines unbürokratischen Flächenmodells bei der Grundsteuer sinnvoll und notwendig.
4. Ein **vollständiges Abrufen aller verfügbaren Bundesmittel für den Ausbau und die Erneuerung von Infrastruktur** in Nordrhein-Westfalen. Dazu gehören Mittel für Straßen, Schienen, Brücken und den Hochwasserschutz. Das Liegenlassen von Bundesmitteln durch die Landesregierung muss gestoppt werden.
5. Förderung von wirtschaftlichen Entwicklungspotentialen im ländlichen Raum auch durch die **Aufgabe der ideologiegetriebenen Planungen für einen weiteren Nationalpark**. Statt der Schaffung eines neuen Großschutzgebiets wollen wir bestehende Schutzgebiete qualitativ aufwerten.
6. Initiative des Landes NRW für die Schaffung eines Länderkonsenses zur **Tilgung der kommunalen Altschulden**. Dieser ist die notwendige Grundlage, um mit dem Bund eine gemeinsame Lösung erarbeiten zu können. Ein Teil des Lösungspakets muss aber sein, dass künftig eine erneute kommunale Neuverschuldung unterbunden wird. Neben strukturellen Verbesserungen in der Kommunalfinanzierung benötigen wir aber auch eine kommunale Schuldenbremse.
7. Initiative zum Bürokratieabbau. Die **Bauordnung NRW sollte entschlackt und damit investitionsfreundlich novelliert** werden. Darüber hinaus schlagen wir die Einrichtung einer Modellregion zum Bürokratieabbau in NRW vor, in der exemplarisch rechtliche Regelungen für Kommunen, Unternehmen und Bürger ausgesetzt werden. Die Handwerkskammern und die IHKen in NRW sollen dabei eng eingebunden werden. Die Pläne für die Erhöhung von Abgaben wie der Kiessteuer müssen zudem umgehend beendet werden.